

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Putschdebatte auch im Reichstag.

Deutschnationale Interpellation.

Die Deutschnationalen haben im Reichstag eine Interpellation eingebracht, in der die preussische Polizeiaktion gegen die Rechtsputschisten als „ein Manöver“ bezeichnet wird, „das von den revolutionären Vorbereitungen und Schwierigkeiten der Linken ablenken soll.“ Das Vorgehen der preussischen Regierung wird als „glatter Verfassungsverstoß“ bezeichnet und die Reichsregierung wird gefragt, was sie zu tun gedente, um 1. ähnlichen Vorgängen vorzubeugen, 2. den durch die Maßnahmen der preussischen Regierung fälschlich Beschuldigten und Geschädigten Genugtuung zu verschaffen.

Der Regierung Marg wird dadurch Gelegenheit gegeben, Farbe zu bekennen.

Fortsetzung der Landtagsdebatte.

Der Landtag verabschiedet zunächst endgültig den Gesetzentwurf über die Bereitstellung weiterer Staatsmittel für den Ausbau des Erz- und Eisenerzfelds am neuen Binnenhafen in Emden. Nach der Vorlage wird das Staatsministerium ermächtigt, für die erwähnten Zwecke weitere 5.350.000 M. zu verwenden. Die Mittel sollen im Wege des Kredits beschafft werden, und zwar soll dieser Kredit einen Teilbetrag der bewilligten 150 Millionen Mark für die Ausgestaltung des staatlichen Besitzes an Bergwerken, Häfen und Elektrizitätswerken sowie zur Förderung der Landwirtschaft darstellen. Die Ausführung des Gesetzes erfolgt durch die zuständigen Minister.

Annahme fand ferner in allen Besungen der Gesetzentwurf über die Bereitstellung von Staatsmitteln zur Vermehrung und Verbesserung von Arbeiterwohnungen auf den Domänen. Danach wird die bereits früher bewilligte eine Million für diese Zwecke um 600.000 M. erhöht.

Dann erfolgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des Notefals.

Abg. v. Egnert (D. Sp.) bedauert, daß kein Regierungsvizepräsident bei der Fortsetzung der wichtigen Debatte anwesend sei. Das freie Ermessen bei der Polizei darf nicht Willkür werden. (Zuruf bei den Rechten. Nur bei Arbeitern.) Hier aber ist der Eindruck erweckt worden, daß sich die Regierung allein von der Parteileidenschaft hat leiten lassen. Auch in der Personalpolitik der Regierung. Wir werden darauf bei der Besprechung des Polizeietats nach zurückkommen, jetzt ist ja immer wieder das Vorhergehen des Parteigedankens. (Sturm. Sehr richtig! rechts.)

Der Ministerpräsident hat feinerlei Auskunft zu geben gewohnt auf die präzisierten Fragen meines Kollegen Egnert. Durch die Rede des Ministerpräsidenten ist der peinliche Eindruck, den die Polizeiaktion in der gesamten Öffentlichkeit hervorgerufen hat, nicht vermindert, sondern noch vertieft worden. (Lebhafte Zustimmung)

Der Stimmzettel zum Volksentscheid.

Verordnung des Innenministers.

Heute abend wird im „Reichsanzeiger“ die Verordnung des Reichsministers des Innern über die Durchführung des Volksentscheids veröffentlicht werden. Sie bestimmt u. a., daß die Auslegung der Listen der Stimmberechtigten am 13. Juni schließt. Es ist den Gemeinden überlassen, die Listen auch schon vor dem amtlich bestimmten Zeitraum auszulegen.

Der Stimmzettel selbst ist natürlich lange nicht so groß, wie z. B. der Stimmzettel bei den letzten Reichstagswahlen, wo ja eine so große Anzahl von Parteilisten darauf verzeichnet sein mußte. Der Stimmzettel trägt die Aufschrift: „Soll der im Volksbegehren verlangte Entwurf eines Gesetzes über Enteignung der Fürstenerbvermögen Gesetz werden?“ Darunter stehen zwei Kreise mit je einem Kreis darin. In dem einen Biederfeld steht über dem Kreis das Wort „Ja“, in dem anderen „Nein“. Der Abstimmende hat in den entsprechenden Kreis ein Kreuz einzuziehen. Will er sich der Abstimmung enthalten, so kann er den Stimmzettel unbekreuzt abgeben.

Die Verteidigung der Angeklagten.

Brüninghaus über die Flottenvorgänge 1917.

Nach längerer Pause hielt heute der Untersuchungsausschuß des Reichstags zur Erforschung der Ursachen des Zusammenbruchs von 1918 wieder eine öffentliche Sitzung ab. Sie war ausgefüllt mit dem ersten Teile eines Gegenreferats des Kommandanten a. D. Brüninghaus (D. Sp.) auf das Referat, das Abg. Dittmann (Soz.) im Januar d. J. dem Ausschuss erstattet hatte.

Abg. Brüninghaus beschwerte sich im Anfang seiner Ausführungen darüber, daß ihm der Abg. Dittmann in einem Zeitungsartikel zum Vorwurf gemacht habe, er habe das Aktenmaterial gar nicht selbst eingesehen, sondern es sich von anderen Leuten durcharbeiten lassen. Brüninghaus schien das als eine unsachliche Darstellung zu halten, ohne daß er selbst Gelegenheit nahm zu versichern, daß das Gegenteil richtig sei. In seinen heutigen Ausführungen beschäftigte er sich in der Hauptsache mit der Frage, ob die Ursachen für die Unruhe unter den Matrosen nur auf die schlechten Ernährungsverhältnisse zurückzuführen seien, wie es Abg. Dittmann nach den Akten nachgewiesen hatte. Er kam im Gegensatz dazu zu dem Schluss, daß nicht die schlechten Verpflegungsverhältnisse Schuld an den Vorgängen im Sommer 1917 gewesen seien, sondern daß es sich schon damals um eine von außen hineingekommene politische Agitation mit dem Ziele der offenen Meuterei und des revolutionären Aufstandes gehandelt habe. Er machte dem Abg. Dittmann zum Vorwurf, daß er durch die aus dem Aktenmaterial willkürlich herausgegriffenen und für seine Zwecke tendenziös zusammengestellten habe. Die weit dieser Vorwurf

rechts.) Auch das Zusammenspielen des Ministers mit dem Kollegen Heilmann war nur ein Zeichen für die rein parteipolitische Behandlung dieser Angelegenheit. (Sehr richtig! rechts.)

Der Kampf in Lübeck.

Vor dem Volksentscheid um Dr. Neumann.

Lübeck, den 18. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Einen tollen Streich leistete sich am Montag der Putschbürgermeister Dr. Neumann, der unter dem Druck der Indizienbeweise sein Amt vorläufig niedergelegt hatte. Ohne seine Kollegen im Senat auch nur zu fragen, erklärte er sich in einem Schreiben aus eigener Rechtsvollkommenheit für gereinigt und sich selbst für den amtierenden Bürgermeister. Damit brach er alle Abreden mit dem Senat, demgegenüber er sich moralisch gebunden hatte. Die Antwort erhielt er am Montagabend in der Bürgerschaft. In einer außerordentlich stürmisch verlaufenen Sitzung legte der Redner der Sozialdemokratie, Genosse Haut, an Hand eines erdrückenden Beweismaterials dar, daß Neumann der Verschwörung mit den bekannten Putschisten und Vorhorganisationsmitgliedern schuldig ist und daß die Sozialdemokratie mit einem solchen Mann nicht einen Augenblick weiter zusammenarbeiten kann. Nicht weniger scharf sprach der Demokrat, der die Frage aufwarf, wie es wohl um Neumann stehen würde, wenn man ihn nach dem Rezept der Rotverordnung der Putschisten behandeln würde. Zum Schluß wurde ein von Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten unterzeichnetes Mißtrauensvotum vorgelegt. Da diese drei Fraktionen in der Bürgerschaft die Mehrheit haben, ist das Ergebnis der Abstimmung, die erst in einer Woche stattfinden kann, nicht zweifelhaft. Neumann selbst wagte nicht, in der Bürgerschaft zu erscheinen, aber er klammerte sich an sein Amt, weil er vor allem noch bei der 700-Jahrfeier der Stadt Lübeck Bürgermeister spielen will.

Nach der Lübecker Verfassung muß ein Senatsmitglied bei Annahme eines Mißtrauensvotums sein Amt niederlegen, es sei denn, daß die Mehrheit des Senats ihn deckt. Dann kommt es zum Volksentscheid. Je nach dem Ausgang des Volksentscheids muß dann der Senat zurücktreten oder die Bürgerschaft aufgelöst werden. Wahrscheinlich wird es in Lübeck zum Volksentscheid kommen, da im Senat Neumann über eine Mehrheit von einer Stimme verfügt. Der Ausgang des Volksentscheids kann nicht zweifelhaft sein.

berechtigt ist, dazu wird sich wohl Abg. Dittmann noch äußern. Aus den bisherigen Darlegungen des Abg. Brüninghaus geht jedenfalls nicht hervor, daß er sich einer besseren Methode bei seiner Beweisführung bediente.

Zunächst behauptete er, daß die Verpflegung der Mannschaften nicht so schlecht gewesen sei, daß sie zu Beschwerden hätte Anlaß geben können. Die Offiziere und Schiffszurückführer hätten fortlaufend das Essen geprüft, es sei wesentlich besser gewesen, als man nach den damaligen Ernährungsverhältnissen hätte annehmen können. Auf kleineren Schiffen habe es schon damals keine getrennte Verpflegung von Mannschaften und Offizieren gegeben. Jedenfalls habe die Verpflegung nicht den Anlaß zu der Meuterei geben können. Zur Unterstützung seiner Behauptung berief sich nun der Abg. Brüninghaus auf Niederschriften, die ihm von mehreren Personen im Dekoffiziersrange in den letztvergangenen Monaten gemacht worden sind.

Des Weiteren besaßte sich der Referent mit dem Verhalten der Kriegserichter Loesch und Dobring. Auch hier stützte er sich lediglich auf die Darlegungen der von ihm nachträglich befragten Personen und vor allem scheinen ihm den wichtigsten Gegenbeweis für die Darlegungen des Abg. Dittmann die Äußerungen zu sein, die jetzt die Herren Loesch und Dobring gemacht haben. Die durch das Material der Akten zu Angeklagten Gewordenen werden also jetzt von dem Korreferenten zu Hauptentlastungszeugen für seine eigene Beweisführung gemacht. Man kann sich deshalb nicht wundern, daß Abg. Brüninghaus zu dem Ergebnis kommt, daß von erprehten Geständnissen, von Terror gegenüber den angeklagten Matrosen, von gefehdlicher Beeinflussung von Zeugen, von Vorkriegszeiten und ähnlichem

keine Rede sein

könne. Im Gegenteil, er behauptet insbesondere von dem Kriegserichter Dr. Loesch, daß in seinen Ausführungen vor dem Kriegserichter ein hohes Verantwortlichkeitsgefühl, ein starkes moralisches und menschliches Empfinden zum Ausdruck gekommen sei. Der Referent schlug vor, die Kriegserichter räte und die Dekoffiziere vor dem Untersuchungsausschuß als Zeugen eidlich zu vernehmen; sollte das beschlossen werden, so wird der Ausschuss dabei nicht stehenbleiben dürfen, sondern auch die andere Seite, nämlich die in die damaligen Vorgänge verwickelten Matrosen und Heizer gleichfalls als Zeugen zu vernehmen, soweit sie 1917 nicht bereits erschossen worden sind. Bemerkenswert war eine Feststellung, die der Referent auf Grund der Aufzeichnungen des Kriegserichters Dr. Loesch machte, das nämlich der Matrose Adam, der der Vorkriegszeit beschuldigt wurde, den Eindruck eines Hysterikers oder Psychopathen gemacht habe. Dieser Adam hat Versammlungen von Matrosen geleitet, auf diesen Adam stützte sich die Behauptung des Abgeordneten Brüninghaus und seiner Freunde, daß es sich um eine revolutionäre Bewegung gehandelt habe.

Luthers Erbschaft.

Vorstoß gegen Volkentscheid und Sparer.

Von Wilhelm Reil.

Eine der übelsten Erbschaften, die Reichskanzler Luther seinem Nachfolger hinterlassen hat, ist der Entwurf eines zweiten Gesetzes über den Volkentscheid. Mit dieser Vorlage bezweckte er nicht mehr und nicht weniger als die gefesselte Unterbindung des von den Sparerorganisationen eingeleiteten Volksbegehrens zur Änderung der Aufwertungsgesetze. Der Gesetzentwurf bestimmt in seinem Artikel 1, daß als Gesetz im Sinne des Artikels 73 Absatz 3 der Reichsverfassung auch Gesetze gelten, die die Folgen der Geldentwertung für vor dem 14. Februar 1924 begründete Rechtsverhältnisse regeln. Damit sollen die Aufwertungsgesetze ebenso wie der Reichshaushaltsplan, die Abgabengesetze und Befolgsordnungen der Volksinitiative entzogen werden.

Den unmittelbaren Anlaß zu diesem Vorgehen hatte die bereits am 27. April bei dem Reichsministerium des Innern erfolgte Einreichung des Antrages des Sparerbundes auf Einleitung des Volksbegehrens gegeben. Der Sparerbund ist die Organisation der Gläubiger und Sparer Deutschlands, die vom Reichstagsabgeordneten Dr. Best, dem ehemaligen hessischen Oberlandesgerichtspräsidenten, geführt wird. Neben ihm hat eine Arbeitsgemeinschaft, die eine Reihe von kleineren Organisationen meist lokaler Art umfaßt, einen Gesetzentwurf vorbereitet, der gleichfalls den Gegenstand eines Volksbegehrens bilden soll. Die Forderungen des Sparerbundes und die der Arbeitsgemeinschaft unterscheiden sich, kurz gesagt, darin, daß der erste grundsätzlich eine 50prozentige Aufwertung sowohl der privatrechtlichen Schuldtitel (Hypotheken usw.) als auch der öffentlich-rechtlichen Ansprüche (Anleihen) verlangt, während die Arbeitsgemeinschaft aufs Ganze geht und grundsätzlich 100 Proz. beansprucht, wovon nur dann ein Nachlaß gewährt werden soll, wenn bei dem Schuldner nichts oder nicht alles zu holen ist.

Die Gläubiger- und Sparerverbände sind also gespalten. Führen sie den Kampf getrennt für zwei verschiedene Entwürfe, so sind die Aussichten auf Erfolg für keine der beiden Richtungen sehr günstig. Wenn trotzdem der bisherige Reichskanzler und der Reichswirtschaftsminister Curtius glaubten, mit dem schweren Beschluß eines verfassungändernden Gesetzes gegen diese Bewegung zu Felde ziehen zu müssen, so ist daraus zu schließen, wie sehr ihnen die 12½ Millionen Unterschriften bei dem Volksbegehren für die Fürsteneinteignung in die Glieder gefahren sind. Aber es war vom Standpunkt der Herren Luther und Curtius aus sehr unklug, den beschränkten Weg einzuschlagen. Erstens ist es höchst zweifelhaft, ob im Reichstag die notwendige Zweidrittelmehrheit für den Gesetzentwurf zustande kommt, und zweitens hat der Vorstoß der Regierung gegen das geplante Volksbegehren das Gegenteil von dem erstrebten Zweck erreicht. In die Sparerorganisationen ist durch den Versuch Luthers, das Volksbegehren zu unterbinden, neues Leben hineingetragen worden. Im ganzen Reich haben in den letzten Wochen Versammlungen der Sparer und Gläubiger stattgefunden, die mit großer Schärfe gegen den Lutherschen Plan protestierten und erklärten, daß nun erst recht der Volkentscheid über die Revision der Aufwertungsgesetze durchgeführt werde. Mit bitterem Hohn wurde in diesen Versammlungen und in den von ihnen gefassten Resolutionen auf den trafen Widerspruch hingewiesen, der zwischen dem Verhalten der Regierung und der bürgerlichen Parteien, namentlich der Deutschnationalen, in der Frage der Fürsteneinteignung bezw. der Aufwertung bestehe. Das Eigentum der Fürsten werde als geheiligt und unantastbar betrachtet, die große Masse der Rentner und Sparer habe man aber rücksichtslos durch Reichsgesetz enteignet.

Die neue Regierung steht jetzt vor der Frage, ob sie über den vom Kabinett Luther eingebrachten Gesetzentwurf eine Entscheidung des Reichstags herbeiführen oder ob sie ihn zurückziehen will. Wenn auch eine bestimmte Stellungnahme zu dieser Vorlage noch von keiner Fraktion des Reichstags erfolgt ist, und obgleich ihr der Reichsrat fast einmütig zugestimmt hat, so kann gesagt werden, daß ihre Aussichten sehr ungünstig sind. Zwar hat der Deutsche Landwirtschaftsrat und ebenso der Reichsverband der Deutschen Industrie sich bereits mit allem Nachdruck gegen jede Wiederaufrollung der Aufwertungsfrage ausgesprochen. Die Deutschnationale und die Deutsche Volkspartei als die Vertreterinnen dieser mächtigen Interessengruppen haben es aber bisher nicht gewagt, offen an die Seite der Regierung zu treten, weil ihre Aufwertungspolitik des Vorjahres in den weiten Kreisen der Kleinrentner garabzu verheerend gewirkt hat. Immerhin kann man schon aus der Erklärung, die der deutschnationale Abgeordnete Dr. Philipp am 26. März d. J. im Reichstag abgegeben hat, daß seine Fraktion nicht die Absicht habe, das Volksbegehren in der Aufwertungsfrage zu unterstützen und auch nicht daran denke, das Aufwertungsproblem im ganzen wieder aufzurollen, auf das Verhalten der deutschnationalen Fraktion schließen.

Die Deutschnationalen, an deren Widerstand im Juli 1925 der Versuch scheiterte, im letzten Augenblick den Aufwertungsfall für Hypotheken noch um 5 oder 10 Proz. zu erhöhen, werden sich auch jetzt gegen eine Mehrbelastung der Inflationsgewinnler wehren. Ebenso die Deutsche Volkspartei. Beide Parteien aber wer-

den ihre Sorge um die Interessen der reichen Schuldner nach außen hin möglichst zu verhüllen suchen. Bei dem Zentrum und den Demokraten sind die Meinungen geteilt. Die einen glauben, daß mindestens die Frage der Aufwertung der privaten Schulden mit dem Reichshaushalt und den Steuergesetzen nicht das geringste zu tun habe und deshalb dem Volkswirtschaft nicht entzogen werden dürfe. Die anderen sagen, mit Rücksicht auf die Wiedergewinnung des wirtschaftlichen Lebens verbiete es sich, durch eine Werdung der Aufwertungsgesetze neue Beunruhigung hervorzurufen.

Die sozialdemokratische Fraktion wird sich, wie bisher auch in Zukunft, von folgenden Gesichtspunkten leiten lassen. Das verfassungsmäßig verbriefte Recht des Volksbegehrens darf nicht eingeschränkt werden; die stabile Währung und der Haushalt des Reiches dürfen nicht ins Schwanken geraten; die Aufwertung darf nicht zu einer Mehrbelastung der besitzlosen Volksschichten führen, zu denen ja die entzogenen Sparer selbst gehören. Man kann sich vorstellen, daß unter Wahrung dieser Gesichtspunkte auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung die kräftesten Härten der Aufwertungsgeetze beseitigt werden. Wenn sich hierdurch die beiden Volksbegehren vermeiden lassen, so würden den Sparern Organisationen viel Mühe und Geld erspart, die vielleicht unnütz aufgewandt werden, und die Reichsfinanzen und die private Wirtschaft würden vor Erschütterungen bewahrt. Es ist aber sehr fraglich, ob im Reichstage ein solcher Vorschlag Anklang findet.

Internationale Sozialpolitik.

Unterredung mit Albert Thomas.

Albert Thomas, der Direktor des Internationalen Arbeitsamts, befindet sich gegenwärtig in Berlin, um Vorbereitungen zu pflegen zu der Internationalen Arbeitskonferenz. Auf dieser werden, wie sich Genosse Albert Thomas einem unserer Redakteure gegenüber äußerte, zunächst die üblichen Fragen geregelt werden, worunter sich auch der Stand der Ratifizierung der verschiedenen internationalen Abkommen befinden.

Auf unsere Frage, welche Wirkung die Londoner Konferenz der Arbeitsminister auf die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag gehabt habe, erklärte uns Genosse Albert Thomas, daß man wohl behaupten könne, daß die Konferenz die Ratifizierung gefördert habe. In Frankreich sei das Gesetz von der Kammer angenommen und befindet sich gegenwärtig im Senat. Der französische Arbeitsminister, Herr Durafour, lasse es sich sehr aneignen sein, das Gesetz so schnell wie möglich auch im Senat zur Abstimmung zu bringen. In Belgien ist das Gesetz über die Ratifizierung des Abkommens von Washington im Kammerauschuss angenommen und werde demnächst ohne jeden Zweifel auch vom Plenum verabschiedet werden. Italien hat das Gesetz bereits ratifiziert. Italien und Frankreich machen jedoch zur Verabredung des Inkrafttretens des Gesetzes die Ratifizierung durch Deutschland und England bzw. Frankreich.

Was England betrifft, so war die Regierung bereit, einen entsprechenden Gegenschritt einzubringen. Der Konflikt im Bergbau, der die Regierung während der letzten Wochen völlig in Anspruch genommen hat, dürfte die Ausführung dieses Planes verzögert haben. Da jedoch die Verlängerung der Wochenarbeitszeit im Bergbau zu verlängern, nicht durchgedrungen ist, kann man wohl sagen, daß der Konflikt in England die Frage der Ratifizierung eher geklärt hat.

Sowohl Deutschland in Betracht kommt, hofft Albert Thomas, daß das in Aussicht gestellte Gesetz in allernächster Zeit dem Reichstage zugehen dürfte. Wir sind der Ansicht,

daß die bekannte deutsche Gründlichkeit in dieser Frage etwas zu weit getrieben worden ist. Während das kaiserliche Deutschland sich gern rühmte, in sozialpolitischen Fragen an der Spitze der Nationen zu marschieren, hat es den Anschein, als habe die Republik den gegenteiligen Ehrgeiz.

Die einzige Frage, die sonst noch auf der Tagesordnung der Internationalen Arbeitskonferenz stehen wird, ist die Vereinfachung der hygienischen Vorschriften für Auswandererschiffe. Am 7. Juni findet eine internationale Arbeitskonferenz der Seeschiffahrt statt, die eine Session der Internationalen Arbeitskonferenz ist. Diese Konferenz wird sich mit den Arbeitsverträgen der Seeleute und mit der Gewerbeinspektion in der Seeschiffahrt befassen.

Nirgends mehr als gerade in der Seeschiffahrt ist die internationale Regelung der Sozialgesetzgebung eine Notwendigkeit. Daher erklärt es sich auch, daß die Seeleute die Frage der Regelung der Arbeitszeit durch die Internationale Arbeitskonferenz vorgenommen wissen wollen. Im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts wurde dieser Antrag allerdings mit Stimmengleichheit abgelehnt. Jedoch muß jede Frage, die mit Zweidrittelmehrheit von der Internationalen Konferenz beschlossen wird, auf die Tagesordnung gesetzt werden. Es hängt also von den Regierungsvertretern ab, ob diesem Antrage stattgegeben wird. Albert Thomas hofft, daß die Regierungsvertreter schon mit Rücksicht auf die Gegenseitigkeit der Arbeitszeitregelung in der Seeschiffahrt dem Antrage der Seeleute Rechnung tragen werden. Es bestehe hier weniger als in irgendeiner anderen Frage ein Grund, die Arbeitnehmerschaft zu verbittern.

Die Abrüstungskonferenz beginnt.

Zwanzig Delegationen.

Genf, 18. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Vorbereitende Abrüstungskonferenz beginnt heute. Sie besteht aus insgesamt 20 Delegationen. (Zehn Ratsmächte, Deutschland, Argentinien, Bulgarien, Chile, Vereinigte Staaten, Finnland, Holland, Polen, Rumänien und Südafrika.) Deutschland und die Vereinigten Staaten sind mit je 10 Köpfen am stärksten vertreten. Dann folgen Spanien mit 8, Italien und Japan mit 7, Frankreich mit 6, Großbritannien und einige andere mit 5 Delegationsangehörigen. Unter den 20 Hauptdelegationen befinden sich eine Reihe von Ministern. Militärische Sachverständige gibt es im ganzen 70.

Von den Instruktionen, welche die Delegationen mit nach Genf bringen, weiß man aus früheren Beratungen, daß Frankreich auch alle Kriegsindustrien und die Transportmittel der Staaten in das Studiengebiet einbeziehen wird, während England und die Vereinigten Staaten entschlossen zu sein scheinen, mit einigen praktischen Eingriffen eine weltliche Beschränkung der eigentlichen Rüstungen herbeizuführen.

Die deutsche Delegation ist folgendermaßen zusammengesetzt: Botschafter a. D. Graf Bernstorff, Führer der Delegation; Geheimrat Bülow, Gefandtschaftsrat Bolze, Oberst von Stülpnagel, Oberstleutnant Dümlein, Major Schindler, Rittmeister Bäumer, Konteradmiral Treibner von Freyberg und Fregattenkapitän Gabon.

Noch keine Klärung in Polen.

Die rechtsstehenden Truppen noch in der Nähe Warschans.

Warschau, 18. Mai. (WTB.) Die Stadt gewinnt langsam ihr gewöhnliches Aussehen. Der Ausnahmezustand ist aufgehoben worden. Straßenbahn und Stadtlephon sind wieder in Betrieb gesetzt. Doch ist die vom Militär mit aller Schärfe gehandhabte Zensur noch nicht aufgehoben worden.

Bei Pruszków, 15 Kilometer westlich von Warschau, und bei Rosik stehen noch die aus dem Posener Gebiet von der Regierung Witos zur Hilfe herbeigerufenen Regimenter, die mit der Front gegen die Hauptstadt Aufstellung genommen haben. Die von der Warschauer Regierung in die Wege geleiteten Versuche, sie zum Abmarsch in ihre Garnison zu bewegen, sind bis jetzt ohne

Erfolg geblieben. Ähnlich wird der noch nicht vollzogene Abmarsch damit motiviert, daß die von Warschau nach dem Westen führenden Eisenbahnlinien noch verstopft sind.

Der neuernannte Außenminister Salecki empfing gestern Vertreter der ausländischen Presse und erklärte, daß er von dem Willen getragen sei, die Politik des Grajen Strzyski fortzusetzen. Auf die von deutscher Seite erhobenen Vorstellungen, daß die bis jetzt in Warschau geübte Telegrammzensur die richtige Information des Auslandes über die politischen Vorgänge unmöglich mache und der freien Erfindung und Phantasie Tür und Tor öffne, versprach der Minister, bei den Militärbehörden im Sinne der sofortigen Aufhebung sämtlicher Beschränkungen vorstellig zu werden.

Warschau, 18. Mai. (CP.) Die Regierung Bartel hat das gefangengelegte Kabinett Witos freigelassen. Witos ist gestern vormittag in Warschau eingetroffen.

Die Truppen Pilsudski haben mit den Truppen des Generals Haller westlich von Lody Führung genommen. Wenn sich die Posener Regierung nicht unterwirft, muß mit der Fortdauer der Kämpfe gerechnet werden. Die Warschauer Regierung hat bisher noch keine Maßnahmen gegen Polen getroffen, sondern wartet das weitere Verhalten der Gegenregierung ab.

Prag, 18. Mai. (CP.) Die „Prager Presse“ berichtet aus Oberberg, daß General Haller vorgestern abend in Rattowitz erschien, wo er mit den Haller-Soldaten und den ehemaligen Insurgenten die Organisation des Widerstandes gegen die Warschauer Regierung beraten hat. Haller reiste wieder nach Polen zurück.

Unveränderte Außenpolitik.

Warschau, 16. Mai. (WTB.) Der neue Leiter des Außenministeriums, August Salecki, erklärte Pressevertretern, daß die Außenpolitik sich in keiner Beziehung ändern werde. Grundlinie dieser Politik bleibe die Wahrung des Friedens und Zusammenarbeit mit den Staaten, die sich nach wahrhaftiger Befriedung der internationalen Beziehungen sehnen.

Pilsudski ist krank.

Warschau, 18. Mai. (WTB.) Marschall Pilsudski ist erkrankt und konnte deshalb an der gestrigen Ministerratssitzung nicht teilnehmen.

Rein Vormarsch Hallers.

Die polnische Gesandtschaft in Berlin teilt mit, daß die Meldungen über einen Vormarsch des Generals Haller gegen Warschau jeder Grundlage entbehren. Ebenso sind die von manchen Zeitungen gebrachten Meldungen über die Ausrufung einer autonomen Provinz Polen frei erfunden.

Stahlhelm-Schwindel.

Heber den Verkauf von Saargemeinden.

WTB. schreibt:

Die Zeitung „Der Stahlhelm“ veröffentlicht in ihrer Nummer vom 16. Mai unter der Ueberschrift „Schächer um die Saar“ eine Zuschrift, die angeblich aus dem Saargebiet stammt. In diesem Aufsatz wird behauptet, daß die Reichsregierung bereit sei, verschiedene Gemeinden im Saargebiet an Frankreich fallen zu lassen, um dadurch eine Vorverlegung der Volksabstimmung zu erkaufen. Die Regierung hoffe weiter, durch die Preisgabe dieser sieben Gemeinden eine Preisermäßigung für die saargemäß von der Reichsregierung zurückzufordernden Saargruben zu erkaufen. Die Stellen demgegenüber fest, daß diese vom „Stahlhelm“ verbreitete Behauptung von Anfang bis zu Ende erfunden ist. Sie wurde bereits wiederholt dementiert, u. a. durch ein durch WTB. verbreitetes Telegramm des damaligen Reichskanzlers Marx an die Stadtverordneten von Saarlouis. Der „Stahlhelm“ hat es nicht für notwendig gefunden, diese Meldung irgendwie zu prüfen, bzw. sich mit der Reichsregierung deswegen in Verbindung zu setzen, obwohl er sich darüber klar sein mußte, daß ihre Veröffentlichung eine Verheugung der öffentlichen Meinung darstellt.

Der deutsch-schwedische Handels- und Schiffsvertragsvertrag ist unterzeichnet worden.

Von Tieren und ihrem Leben.

Tiere, für viele Menschen klingt dieses Wort wie eine Fanzare. Es ist leider eine unumstößliche Tatsache, auf der brutalen Niederzwingung der Tiere basiert der Fortschritt der Menschheit. Erst als unsere Urvorfahren von dem Grundoch ausgingen, das Tier ist für den Menschen da, schufen sie sich die Möglichkeiten zur Zivilisation. In der heutigen Zeit können wir die Tiere, sobald Schnelllebens- und Kräfteleistungen in Frage kommen, mehr und mehr entbehren, jedoch als Fleisch, Fell- und Milchlieferanten sind sie für uns so wichtig, wie sie es waren. Und sieht man ganz vom Nützlichkeitsprinzip ab, so bleibt eine beträchtliche Anzahl von Tieren über, die durch Liebe, Treue und Freundschaft den Menschen Kulturwerte gegeben hat.

Dabei ist es nicht nur interessant und wichtig, sondern es heißt direkt einem Bedürfnis nachkommen, wenn ein Fachmann streng wissenschaftlich und doch höchst unterhaltsam und leicht verständlich über Tiere plaudert. Dieser Aufgabe unterzog sich Geh. Rat Prof. Dr. Heß, der Leiter des Berliner Zoologischen Gartens. In seinem Buch „Lebende Tiere“, das im Globus-Verlag G. m. b. H. Berlin W. 68, erschien, bringt er zwanzig Bilder aus dem Zoo. Diese Bilderammlung und ihre trefflichen Erläuterungen sind u. a. auch als eine Ergänzung des naturgeschichtlichen Unterrichts in der Schule gedacht. Prof. Heß, der in seinem Leben viele Möglichkeiten zur genauesten Tierbeobachtung gehabt hat, konnte selbstverständlich ein reiches Material herbeischaffen. Eine Unmenge Wissen ist übermittelt worden, wenn auch vernachlässigt der Unterton durchflingt, selbst wir Wissenschaftler kennen die Tiere nicht derart, daß wir von unserem Wissen befriedigt sein könnten. Volemiken werden sachlich ausgefodert, getragen von dem schönen Eifer, der Wissenschaft zu dienen. Es fehlt nicht an wertvollen Hinweisen auf noch zu leistende Arbeiten im Sinne der Epistemik, während überraschende Aufklärungen gegeben werden in bezug auf die verschiedenen geographischen Formen der Tiere.

So erzählt man von einer ganz erstaunlichen Abänderung der Braundärsen, die selbst in Europa zu beobachten ist. Besonders stark tritt sie zu Tage, wenn Tiere aus anderen Erdteilen eingeführt werden. Darum wurde ein Bär, der dem gewöhnlichen Braundären unbedingt ähnelt, jedoch durch seine Größe und seinen blauen Schmelz auffällt, mit Jesso-Bär bezeichnet, weil er aus Japan, von der Nordinsel Jesso stammt. Ferner hört man von den ungeheuren Schwierigkeiten, welche die Zebros einem genauen Präparieren machen, denn bis auf den heutigen Tag kennt man bereits annähernd zwei Dutzend verschiedene Zebrospezies. Interessant sind auch die Nachweise der verwandtschaftlichen Beziehungen. So hat das erst 1901 im Semliki-Urwald (Uganda) entdeckte Nuptier Opatzi zu der Gruppe der Giraffen Beziehungen, die es schon rein äußerlich durch seine behaarten Hörner nachweist. Doch nicht nur von seltenen, auch von den letzten werdenden Tieren wird geredet. Es wird inständig gebeten, in Deutschland die Brucklonien der Reiter für Naturdenkmäler zu erklären. Diese Bitte wird nicht bei jedem ein offenes Ohr finden, denn der Reiter ist bekanntlich ein großer Fischgräber. Wäre es anders steht es mit dem schwarzen Storch, der sich bei uns schon seit langem eines besonderen und durchaus notwendigen Schutzes erfreut.

Von eindringlichem Lob sind die Worte, die dem Kamel und dem Dromedar gewidmet werden. Diese Tiere haben in trockenen Gegenden, ob kalt oder warm, dem Menschen erst das Dasein ermöglicht. Daselbst gilt vom Hof, dem langbehaarigen Hochlandsrind aus dem Innern Afrikas, das in geträumtem Zustande als Reittier, Last- und Mähtier dient. Ohne den Hof könnten Menschen in den furchtbaren Einöden der höchsten Gebirgsgegenden nicht existieren. Selbstverständlich ist auch das Reittier nicht vergessen, denn der Bewohner der Polarzone der Alten Welt, von Lappland angefangen, hat sich diese Hirschart zum Haustier und Alleslieferanten erzogen. Bekanntlich wurde wiederholt eine eifrige Propaganda dafür gemacht, Reittiere als Reittiere nach Deutschland einzuführen. Prof. Heß setzt sich für dieses Vorhaben nicht ein. Er weist einfach darauf hin, daß eben unsere Erz- und Riesengebirge eine andere Kulturstufe haben als Lappen, Samojeden oder Tungusen. Ueberdies führen letztere ein Nomadenleben und unsere Landleute sind festhaft.

Wenn von den Raubtieren geredet wird, ist sehr oft der vorstorbene Carl Hagenbed erwähnt, dieser Tierhändler ganz großen Formats, der alle verborgenen Winkel der Welt nach neuen Tieren durchsuchte. So hat er u. a. nordische Großkatzenarten, wie ostbaltische Tiger, in den Handel gebracht und damit einen dicken Streich allen denen durch die Rechnung gemacht, die den Tiger für ein reines Tropentier hielten. Hagenbed brachte aber auch persische Tiger, die einen Badenbart und selbst im Sommer eine Baumrinne haben, während den Tigermännern noch eine Rademähne schmückt. Dem demnachstigen Königsstier jedoch hat Prof. Heß hochachtungsvoll folgende Worte gewidmet: „Heute sehe ich jeden Tiger als Person an: der eine hat diesen, der andere jenen Charakter, und das richtet sich ganz ohne Zweifel nach den persönlichen Lebensbedingungen, wie das ja auch natürlich ist bei einem so hochstehenden edlen Tiere.“

Erno Büsing.

Der Bezirksverband der Rheinisch-Westfälischen Volksbühnenvereine tagte am Sonntag, dem 16., zu Düsseldorf im Wilhelm-Mark-Haus. Die Volksbühnenvereine sind in den Jahren nach dem Kriege in bemerkenswerter Weise erstarkt und wachsen sich immer mehr als Kulturfaktor ersten Ranges aus. Sie sind im deutschen Theaterleben nicht mehr wegzudenken und ihre Tätigkeit auf dem Gebiete der Werbung und Förderung des Verständnisses für das Theater in der Bevölkerung ist vorbildlich. Als Vertreter des Oberbürgermeisters begrüßte Beigeordneter Dr. Thelemann die Tagung und wünschte den Beratungen besten Erfolg. Im Mittelpunkt der Tagung stand ein Vortrag des Bürgermeisters Dr. Sudkamp aus Herne über Stadterweiterung und Besucherorganisationen. Dr. Sudkamp setzte sich mit den Angriffen auseinander, die in jüngster Zeit gegen die Besucherorganisationen erhoben worden sind. Er wies nach, daß diese Gegnerchaft durchweg aus Voraussetzungen beruht und jeder tatsächlichen und berechtigten Grundlage entbehrt. Es sei bisher noch nicht gelungen, den Nachweis dafür zu erbringen, daß die Tätigkeit der Besucherorganisationen die Theater schädige. Eine Stadtverwaltung, welche die Bestrebungen der Besucherorganisationen nicht mit allen Mitteln ermuntert und fördert, hat ihre Kulturpflicht nicht richtig erkannt. Dem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag folgte eine ausgedehnte Aussprache, an der sich auch die anwesenden Theaterleiter beteiligten. Als Vertreter des Verbandsvorstandes berichtete Generalsekretär Dr.

Restlecke über die Entwicklung der Bewegung im abgelaufenen Jahre, das trotz der schweren Wirtschaftskrise einen erfreulichen Zugang an neuen Vereinen und Mitgliedern gebracht habe.

Feme-Theater in Bremen. Im zweiten Halbjahr des Neuen Weg“ berichtet der Oberregisseur Emil Lind, der als Verwaltungsratsmitglied der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger in die Interna unseres Theaterlebens eingeweiht ist, über unglaubliche Zustände an der Bremer „Deutschen Bühne“. Emil Lind erzählt u. a.: In Bremen sind mehrere Besucherorganisationen, Gemeinschaftstheater, Goethe-Bund, Volksbühne usw. vorhanden. Der Vorsitzende der „Deutschen Bühne“ hat nun dem Direktor des Bremer Schauspielhauses erklärt: „Juden oder politisch bedenkliche Leute wollen wir auf der Bühne nicht sehen.“ Es hießen dabei einige Namen, u. a. „auch Erika Mann, Tochter des Oberjuden Thomas Mann.“ (1) Doch dieser Vorsitzende, ein Herr Dr. Eggers, Literaturschwach ist, das kann man ihm hingehen lassen. Doch er aber den Direktor des Schauspielhauses zwingt, Verprechungen an Mitglieder wegen Wiederengagements nicht zu halten, obwohl diese Mitglieder gerade auf Grund dieses Verprechens Verträge geschlossen hatten, das muß gebührend gebrandmarkt werden. Hierzu bemerkt Emil Lind sehr richtig: Man könnte über diese Dinge hinweggehen, wenn sie sich nicht da und dort, wenn auch nicht in dieser Klarheit, sondern meist verschleiert und unbemerkbar, besonders aber in Staats- oder Stadttheatern, ereignen würden. Es wird ja wahrscheinlich auch in bezug auf den Bremer Fall ein Dementi geben, das nicht aber nichts. Die Nachricht ist authentisch, wenn auch die belastenden Aussprüche hinter verschlossenen Türen gesprochen.

Die arbeitenden Wiener Frauen. Nach den neuesten Statistiken über die Berufsgruppierung der Wiener Bevölkerung ist festzustellen, daß vier Fünftel aller Frauen in Wien zwischen 14 und 45 Jahren in einem Arbeitsverhältnis stehen, und zwar ohne Unterschied zwischen verheirateten und unverheirateten. Gegenüber der Vorkriegszeit hat sich die Zahl der beschäftigten Frauen bei den Banken vervierfacht, bei den Eisenbahnen verdreifacht, und in der Schneiderei sind mehr als die Hälfte aller Berufsangehörigen Frauen. Nur die Zahl des weiblichen Hauspersonals ist auf etwa zwei Drittel gegenüber der Vorkriegszeit zurückgegangen.

Die diesjährige Versammlung der Wirtschaftlichen Welt findet vom 16.-20. August in Kopenhagen statt. Die Gesellschaft ist eine der wenigen internationalen Organisationen der akademischen Welt, die über den Arden hinaus, wesentlich unter deutscher Leitung, ihren internationalen Charakter bewahrt haben.

Der XI. Allgemeine Theosophische Kongress fand vom 22. bis 24. Mai im Theater Laale, Pilsener Str. 58, in Brno statt. Erhalten das ausführliche Kongressprogramm von der Geschäftsleitung des Kongresses: Bild Polnisch, SO 36, Dautzger Str. 26, kostenfrei übermittelt.

Ein Gesundheitszustand aus der italienischen Renaissance. In Genua wurde eine Sammlung von wertvollen Autogrammen berühmter Männer aus der italienischen Renaissance, darunter Tasso, Ariosto, Rossetti, Galilei, Lucrezia Borgia u. a. aufgefunden.

Die erste Briefmarke in Bengodschnen. In Ungarn sind die ersten Marken in der neuen Pflanzung erschienen. Zunächst wurden nur Marken im Werte von 4 und 8 Heller herausgegeben, die die ungarische Krone und den Reichsapfel zeigen.

Die Reichsbannergeneralversammlung.

Das Arbeitsprogramm. — Organisatorische Beschlüsse.

Der Abschluß der Generalversammlung des Reichsbanners bedeutet zweifellos eine wichtige Etappe in dem Festigungsprozess der Republik und ihrer Frontsoldatenorganisation. In zweitägiger Arbeit ist es gelungen, die Geschlossenheit und Schlagkraft des Bundes zu befestigen und ein Statut zu schaffen, das ihm über den Zeitraum vom Jahre 1924 hinaus ein festes Gefüge gegeben hat.

Ueber das erledigte Arbeitsprogramm ist kurz folgendes zu sagen: Die „Bundesfesten“ sollen in den kommenden Jahren mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Notlage der Arbeiterklasse wesentlich eingeschränkt werden; lediglich für Sachen ist in diesem Jahre noch ein großer Bundesaufmarsch geplant. Am Sonntag nach dem Gedächtnis der im Weltkrieg Gefallenen eine große Kundgebung des Reichsbanners durchgeführt werden. Reichsbanneraufmärsche zur Ehrung hoher Amtspersonen der Republik sollen nur dann unternommen werden, wenn die Stärke des Reichsbanners und die Loyalität der in Frage kommenden Behörden über allem Zweifel steht. Ein Antrag, das Reichsbanner möge im kommenden Volksentscheid die Führung übernehmen, wurde aus begrifflichen Gründen abgelehnt, dagegen die Unterstützung der in Frage kommenden Parteien durch das Reichsbanner zugesagt. Die „Reichsbannerverfassung“, die aus dem ersten Statut heraus zum Grundgesetz des Reichsbanners ausgebaut wurde, bestimmt, daß die republikanische Organisation nicht mehr lediglich die ehemaligen Kriegsteilnehmer umfassen soll, sondern „alle reichsdeutschen Männer“. Als Zweck des Verbandes wird nach wie vor der Schutz der Republik genannt, eine illegale Bewaffnung der Reichsbannerformationen jedoch entschieden abgelehnt.

Der bisherige Bundesvorstand wurde wiedergewählt und durch den Zentrumsabgeordneten Jaos, den Führer der Windthorst-Wände, Krohne, und den demokratischen Landtagsabgeordneten Bohner ergänzt. Notwendig war die Einschlebung einer neuen Instanz zwischen dem Reichsbanner-„Gau“ und dem „Ortsverein“, nämlich der Reichsbannerkreise. Von der Errichtung einer politisch richtunggebenden Instanz in Berlin wurde aus verschiedenen Gründen abgesehen. Eine „Unterstützungskasse“ der Mitglieder des Reichsbanners gegen „Rat und Verfolgung durch die Justiz“ wurde nach eingehenden Beratungen ins Leben gerufen.

Heim ins Reich!

Wieder eine Wiener Volkskundgebung.

Am vergangenen Sonntag veranstaltete der Oesterreichisch-Deutsche Volksbund unter der Barole „Aheim-Donau“ eine Volkskundgebung, die überaus stark besucht war.

Die Versammlung in der Volkshalle eröffnete Direktor Reubacher, der zunächst des verstorbenen Genossen Dr. Pfeiffer gedachte. Als Hauptredner sprach der Bürgermeister von Wien, Genosse Dr. Reerfeld, der die Grüße der Stadt Wien überbrachte, im Namen der deutschen Bevölkerung für den warmen Empfang dankte und ausführte, die Selbstbestimmung des deutschen Volkes könne auf die Dauer durch kein Friedensdiktat und durch keine Gewalt, keine Soldateska verhindert werden. Seit hundert Jahren sei Schwarzgold die deutsche Fahne, das Symbol der deutschen Zusammengehörigkeit. — Justizrat Dr. Ellendeck (Dnat.) erklärte, daß es in dieser Stunde keine Parteien geben dürfe, sondern nur die eine Partei: Deutsches Volk. — Reichstagsabgeordneter Hoffmann (S.) sprach gleichfalls für den Zusammenschluß und erklärte, Schwarzgold sei ein Symbol der Verbundenheit des ganzen deutschen Volkes. Ferner hielten Reden Justizrat Bokamp-Röln (D. Sp.) und Dr. Bergsträsser (Dem.).

Vor dem Rathaus wurde von einer Reihe von Tribünen aus gesprochen. Als Hauptredner sprach hier Reichstagsabgeordneter Genosse Sollmann. Er erinnerte daran, daß in Wien der Abgesandte des Frankfurter Parlaments, Robert Blum, für die deutsche Einheit sterben mußte. Die künstlichen Grenzen, die die Diplomaten gezogen hätten, seien ein Attentat auf die Freiheit des deutschen Volkes. Bundesrat General Körner (Soz.) vertrat die Auffassung, daß der Anschluß jetzt durch wirtschaftliche und soziale Gesetze vorbereitet werden müsse. Mittags wurden die reichsdeutschen Gäste von der Stadt im Rathaus empfangen.

„Vornehme Leute.“

Auf der Wannseebahn! Die Dame weigert sich, den Bortritt zu nehmen, und auch ihr Mann bittet den wohlbeleibten Herrn, zuerst einzusteigen. Man diskutiert lange, der Stationsvorsteher ist bereits unruhig geworden. Schließlich steigt die Dame doch zuerst ein, ihr folgt der mit so viel Ehrfurcht behandelte Herr, ihr Mann macht den Beschluß. Schwer fällt der Herr in die Posten des Abteils zweiter Klasse. Er trägt einen blauen Anzug, dazu eine blaue Mütze mit einem Klubabzeichen, der meisterte Anzeiger zeigt ihm ein lehrmännliches Aussehen, die Stimme klingt eingetretet, weiß aber zu kommandieren. „Wie schön nur der Golfplatz ist.“ flötet die Dame, „in der Natur gelegen, und so nette Menschen trifft man dort, und wieder so viele Verbesserungen.“ „Haben viel Geld gestofst.“ entgegnet der Herr mit der Klubmütze, „hunderttausend Mark, heute viel, wenig Ruuanmeldungen nur in diesem Jahr, viele haben nicht einmal die tausend Mark Aufnahmegebühr, und ohne Auto lohnt es gar nicht Mitglied zu werden, immer mit der Bahn nach Wannsee zu fahren, verehelt einem anständigen Menschen das ganze Vergnügen.“ Berächtlich blüht er sich im Abteil um und zieht energisch an seiner kurzen Pfeife. „Denken Sie, und viele haben noch nicht einmal ihren Jahresbeitrag von lumpigen dreihundert Mark bezahlt, einfach lächerlich!“ Der andere Herr im gelben Coovercoat und dem zerhackten Korpsstudentengesicht schlägt heimlich die Augen nieder, und auch die Dame überhört die letzte Bemerkung. „Und auch der Wirt ist sehr unzufrieden geworden, die meisten wollen das Gedeck für 3,50 W. nicht mehr essen. Aber billiger kann der Mann es doch nicht machen, er soll alleerbste Küche liefern.“ Der Herr ist jetzt stützlich entrüstet, er bebt geradezu. „Fast alle Mitglieder essen in der Kamme Würstchen oder ähnliches Zeug. Das ist widerlich, so weit sind wir gekommen. Alles scheint verrückt geworden zu sein. Reusch will ich mir in Potsdam eine Villa kaufen, ich kann ja da draußen wohnen, kann über meine Zeit verfügen wie ich will. Berlangt der Kerl 100 000 W., wollte ihm 80 000 W. bar auf den Tisch des Hauses legen. Ging nicht darauf ein.“ Dann erörtert man die politische Lage im allgemeinen und tröstet sich mit der Hoffnung auf bessere schwarzweihrote Tage. In Potsdam steigen die Herrschaften, die so viele Sorgen haben, in eine Autodroschke. Der Herr mit der Klubmütze hat die beiden anderen eingeladen. Man ist ganz Grandseigneur, lehnt sich vornüber zurück und fährt mit berächtlicher Miene an den gewöhnlichen Sterblichen vorüber, an diesem Packzeug, das nicht einmal sich jeden Mittag sattessen und noch weniger Mitglied des Golfclubs werden kann.

„Stahnsdorf-Reichsbahn“ anstatt „Stahnsdorf-Friedhof“. Wie die Reichsbahndirektion Berlin mittels, ist der Name der bisherigen Station „Stahnsdorf-Friedhof“ in „Stahnsdorf-Reichsbahn“ geändert worden.

Die faschistische Schmach.

Kundgebung der Berliner Sozialdemokratie.

In der gestrigen großen Kundgebung gegen den Faschismus sprach, nachdem Genosse Künstler, der den Vorstich führte, die auswärtigen Genossen, die als Redner zu uns gekommen waren, herzlich begrüßt hatte, Genosse

Dr. Wilhelm Ellenbogen-Wien:

Als wir vor acht Jahren den Zusammenbruch des alten Staates und der alten Armee erlebten, glaubten viele von uns, der Zusammenbruch des Kapitalismus sei da und die Errichtung einer sozialistischen Staatsform sei nahe herbeigekommen. Wie verderblich eine solche falsche Einschätzung des Augenblicks war, haben wir besonders an Italien erlebt. Dort wurde den Sozialisten angeboten, die Monarchie zu stürzen und eine demokratische Republik an ihre Stelle zu setzen. Die Sozialisten Italiens haben damals abgelehnt, weil sie die sozialistische Republik haben wollten. Die schwer dieser Fehler war, zeigt uns die gegenwärtige faschistische Diktatur mit ihrem Oberhaupt Mussolini. Eine neue Gesellschaftsordnung muß ebenso aus der Entwicklung entstehen, wie das überall im Weltall und im Leben der Fall ist. Die Naturgesetze lassen sich einfach nicht vergewaltigen, beim einzelnen Menschen so wenig wie in der Entstehung eines neuen Staates und einer neuen Gesellschaftsform. Die italienischen Genossen haben sich,

vom russischen Beispiel blenden lassen.

sie haben geglaubt, durch eine unausgelebte Reihe von Putsch, Beunruhigungen und terroristischen Akten ihre Gegner niederkämpfen zu können. Sie wollten eben den Sozialismus erzwingen, im Gegensatz zu den Lehren unserer großen Meister.

Es gibt Leute, die heute noch die Gewaltanwendung als einen Ausweg aus der „Krise der Demokratie“ bezeichnen. Das ist durchaus falsch. Wo in einem Staat die Arbeiterklasse in den Parlamenten die Mehrheit durch ein demokratisches Wahlsystem errungen hat, ist das Bürgerium wohl empört, es hegt mit allen Mitteln gegen die sozialistischen Mehrheiten, aber im übrigen ist nicht viel zu machen. Wo die Arbeiterklasse die Mehrheit hat, ist keine Krise der Demokratie zu spüren, und zwar deshalb nicht, weil eben die Arbeiterklasse der Macht der Demokratie sich bewußt ist. Überall da, wo die Arbeiterklasse gespalten ist in mehrere Parteien, schöpfen die Rechtsradikalen das Fett ab.

Der Faschismus bedeutet die Zerstörung der Rechtsgrundlagen eines jeden Staates, er bedeutet die Korruption der Rechtspflege und der Richter, er

korumpiert die öffentliche Meinung.

ja er ist die Korruption der Menschen selbst. Das beste Beispiel dafür ist Italien. Fast allen italienischen Ministern wird in aller Öffentlichkeit im Auslande wie auch in Italien selbst gemeinliche persönliche Korruption und Bestechlichkeit nachgesagt. Ohne daß Mussolini, der sonst immer schnell bei der Hand ist, einschreitet, nennt man offen die Summen, die diese Kreaturen für die Begünstigung von Industriefirmen oder Handelsgruppen erhalten haben. Bis zum Nord an den Gegnern geht die Uebersteigerung des Nationalismus — und das nicht nur in Italien. Aber gerade

unsere italienischen Genossen haben die Blutopfer gestiftet.

darunter sind unsere Besten, wie Matteotti. Eine Unzahl der schwersten Verbrechen geschehen täglich im faschistischen Italien: Arbeiterwohnungen, Gewerkschaftshäuser, ganze Stabteile gehen in Flammen auf und kein Reich wird die Täter je finden oder, wenn man sie hat, wird sich kein Richter finden, der sie verurteilt.

Wo dem Staat die Rechtsgründe entzogen sind, etabliert sich ein organisiert-unorganisiertes Räuberunwesen. Räuberereien, Mord und Brandstiftungen im Innern, Kriegsdrohungen nach dem Auslande hin, so zeigt sich auch das politische Wirken des italienischen Diktators. Genau so, wie der ehemalige russische Zar immer dann ein Pogrom veranstaltete, wenn ihm im Innern seines Landes etwas schief ging, genau so

malte Mussolini das Kriegsgepöhl an die Wand,

wenn das Volk einmal gegen ihn ist. Daher erklärt sich auch kein

Der Strausberger Mörder verhaftet!

In einer deutsch-böhmischen Sommerfrische.

Am Montag wurde in der deutsch-böhmischen Sommerfrische ein Mann verhaftet, der auf den dort amtierenden Ortsvorsteher, Dr. Piesch, einen Raubüberfall ausführen wollte. Der Täter wurde von den tschechischen Behörden in das Hoheneber Gerichtsgefängnis eingeliefert.

Der Verhaftete führte außer seinem Gepäck, einige scharfgeladene Schusswaffen bei sich. Ferner wurden in seinem Besitz auf verschiedene Namen lautende Papiere vorgefunden. So befindet sich darunter ein Ausweis, der auf den Namen eines Gutsbesizers Karl Branstle, Baumschuldenweg, lautete. Dieser Umstand und die Ähnlichkeit des Verhafteten mit dem Mörder der Gräfin Lambdorsdorff ließen den Verdacht aufkommen, daß es sich um den gesuchten Strausberger Mörder handelt. Branstle ist der Berliner Kriminalpolizei bekannt, da er wegen Verfolgungsmahns bereits in einer Anstalt untergebracht war. Seit einiger Zeit ist er aus Deutschland verschwunden. Immerhin besteht die Möglichkeit, daß er als Täter des Strausberger Kapitalverbrechens in Frage kommt. Es kann aber auch sein, daß der Verhaftete, der jede Auslage verweigert, die auf den Namen Branstle lautenden Papiere gestohlen oder gewaltsam geraubt hat.

Die Berliner Kriminalpolizei hat sich auf Veranlassung des Kriminalkommissars Genannt, der die Untersuchungen in dieser Angelegenheit führt, noch am gestrigen Abend telegraphisch nach Hoheneber gewandt, um eine genaue Feststellung der Persönlichkeit des Festgenommenen herbeizuführen. Bisher ist die Antwort noch nicht in Berlin eingetroffen, so daß die Nachricht von der Verhaftung des angeblichen Mörders noch jeder amtlichen Grundlage entbehrt.

Bei den Ermittlungen der Berliner Polizei nach dem Mörder der Gräfin Lambdorsdorff ist man bisher, wie wir hören, noch nicht auf die Person Branstles gestoßen, was jedoch nicht ausschließt, daß der Verhaftete tatsächlich mit dem hier gesuchten Mörder identisch ist. Bestimmte Anhaltspunkte dafür, daß der Verhaftete, der nach dem Verdacht der tschechischen Behörden auch einen Mord an einer 30-jährigen tschechischen Buchhalterin, vor zwei Jahren verübt haben soll, auch als Täter für des Berliner Kapitalverbrechen in Frage kommt, werden sich erst nach der aus der noch ausstehenden Antwort aus Hoheneber ergeben. Die Antwort der tschechischen Behörden wird im Laufe des heutigen Tages erwartet.

Arbeiterjüngertag in Brandenburg a. d. Havel.

Der Gau Berlin des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes veranstaltete in den Pfingsttagen, vom 22. bis 25. Mai, zu Brandenburg a. d. Havel ein Gesangs- und Festfest des gesamten Gaus. Die Festfolge umfaßt am Sonnabend Begrüßungsfeiern in zwei Lokalen. Am Sonntag und Abend des ersten Festtages finden in den größten Gartenlokalen der Stadt vier Gesangsaufführungen statt; der gefangliche Teil hierbei wird bestritten von den größten Chören und Bezirksgruppen. Am zweiten Feiertag finden auf den Plätzen und in den Anlagen Brandenburgs öffentliche Gesangsaufführungen in den Kornmittagstunden statt. Am Sonntag wird ein gewaltiger Festzug die Sängertinnen und Sängler durch die Stadt nach dem Sportplatz am Grillendamm führen, wo anschließend Begrüßung durch die städtischen Behörden erfolgt und dann in zwei mächtigen Rossenbüchsen die

neues Kolonialabenteuer in Tripolis, das er mit einer verplasterten Nase machen mußte, daraus erklärt sich auch seine Großschäuzigkeit. Genau so, wie der verstoßene deutsche Wilhelm als „Herr der westlichen Meere“ seinerzeit den „Herrn der östlichen Meere“ grühte und schließlich feige ins Kaufschloß kroch, als das Volk gegen ihn aufstand!

Aber der Faschismus wird verschwinden. Gewaltpolitik, die sich auf Verbrecher stützt, muß an dem Widerstand der Geschädigten zugrunde gehen. Die unterdrückten politischen Parteien streben langsam nach oben, das

Bedürfnis nach einem geordneten Rechtsstaat

wird immer größer. Die ständig mit Krieg bedrohten Völker werden sich endlich auch einmal auflehnen und dem Faschismus wird sein Ende kommen. Die Weltgeschichte sucht ihre Baumcister im arbeitenden Volk. Will sich die Arbeiterschaft in allen Ländern nicht selbst dem Faschismus ausliefern, so ist die erste Voraussetzung die Einigung der Arbeiterschaft. Wo sich irgend der Faschismus regt, müssen wir heraus aus der Reserve, müssen wir unsere Abwehrformationen bilden und herausstellen. So wie das Proletariat in Oesterreich sich die Faschisten vom Halse hielt durch den republikanischen Schutzbund, so muß überall die entschlossene Abwehr durch eine einzige Arbeiterschaft erfolgen.

Stürmischer, oft wiederholter Beifall folgte den Ausführungen des Redners. Sodann sprach Reichstagsabgeordneter Genosse

Ulwin Saenger-München:

Wenn wir in Deutschland feststellen, daß unsere Nationalisten wieder einmal gegen die Republik putzen wollen, so kennen wir die Antwort unserer Gegner; es wird alles als Schwindel der Braun-Soering-Grzesinsky-Leute hingestellt. Gerade die, die nur von Lüge, Verleumdung und von Wortbruch leben, suchen diese gemeiner Eigenschaften zu gern bei anderen. Genau wie in Preußen die Faschisten, so hat früher die Regierung in Bayern alles abgelehnt, was ihre Pflegerinder ausgedenkt. Norddeutsche Nationalisten, bayerische Regierungsleute und General Ludendorff und Konjorten — das ist die

Elite des deutschen Faschismus.

Würden Ludendorff und seine Leute selbst zugeben, daß sie an allen Putschern beteiligt waren, es würde sich in Deutschland kein Staatsverfall finden, der die Anklage gegen sie erhebe und wenn alles vorliegen würde, hätte man immer noch das „hohe Interesse des Vaterlandes“, mit dem man alles decken würde. Wo je ein Waffenlager gefunden wurde, wo ein nationales Verbrechen verübt oder wo im Walde ein Hemmord geschah: überall war es das „Interesse am Vaterlande“, das die Verbrecherland führte. Der Faschismus ist der Kretinismus der Politik. Das Schwarzweihrot war das Wahrzeichen einer kurzen Kaiserzeit, die ruhmlos zu Ende ging — Schwarzweihrot ist das Banner der Freiheit, der Demokratie, der Völkerverständigung. Der neue Staat wird

durch die eigene Kraft des Volkes

entstehen, aber niemals durch die Diktatur eines Generals oder eines Verbrechers. Hinter dem Wesen einer jeden Staatskunst steht die Einsicht in die Idee der Zeit. Der Felsen des Staates ist die Arbeiterschaft. Die deutsche Arbeiterschaft hat in den trübsten Tagen unseres Schicksals Deutschlands Größe und Einigkeit erhalten, und so wird sie auch in Zukunft mit dem Willen zur Macht den neuen Staat bauen. Wille zur Macht bedeutet aber Willen zum Kämpfen. So und nicht anders werden wir den Faschismus besiegen. (Stürmischer Beifall.)

In einem begeisterten Schwurwort wies Genosse Künstler darauf hin, daß die imposante Versammlung der Kuffakt des Kampfes für den Volksentscheid sei. Er fügte herzlichste Grüße und Wünsche an unsere österrreichischen Genossen an.

gesamte Sängerschaft des Gaus auftreten wird. Ein Riesen-Feuertanz wird den Abschluß bilden. Für die Beförderung der Teilnehmer sind sechs besonderezüge eingestellt worden.

Der Spreitweber-Prozess.

Die Brandstiftung und der Versicherungsschwindel.

Der Spreitweberprozess könnte bald zu Ende kommen, wenn nicht weitgehende Beweisangebote der Verteidigung wären. So ist beantragt worden, den Reichsanwalt a. D. Luther, den früheren Ernährungsminister Hermes, den Geheimrat Hepp aus dem Finanzministerium und den jetzigen Präsidenten des Reichsmonopolsamts Redelung zu laden, um durch ihre Aussage die Weber zur Last gelegte Bestechung von Beamten des babilischen Landwirtschaftsministeriums bei Herbeischaffung einer Einfuhrgenehmigung für rund 200 000 Liter Spirit zu entkräften.

Andererseits sollen die Akten des Reichsfinanzministeriums herangezogen werden, damit so der Beweis geführt werden könnte, daß die Anklage gegen Weber und Peters allein den Stichabstreifer für die Sünden der Monopolsverwaltung bilden sollte. Die Entscheidung des Gerichts über die Zulassung der Beweisangebote ist noch nicht gefallen. Vorläufig steht im Mittelpunkt der Verhandlung die Anklage gegen Hermann Weber wegen Brandstiftung, Versicherungsbeitrag und schwerer Urkundenfälschung. Es wird behauptet, daß er am 7. Juni 1924, also am Pfingstsonnabend, zwischen 9 und 10 Uhr das ihm gehörige Spritlager in Stahnsdorf, das bei einer englischen Versicherungsgesellschaft mit 6 Millionen Goldmark versichert war, in Flammen ausgehen ließ. Es wird behauptet, daß er, um besser seine Absicht auszuführen zu können, den zuverlässigsten Vagabundwaller Scher abberufen und den Posten seines jüngsten Bruders übertragen habe, desgleichen, daß er am fraglichen Abend mit seinen Brüdern unter dem Vorwand, ein Faß Spirit umzupumpen zu müssen, in das Stahnsdorfer Lager hinausgekommen sei, um die Brandstiftung zu bewerkstelligen. Sein Bruder Heinrich ist der Beihilfe zur Brandstiftung, Peters und Kriminalassistent Beier der Beihilfe zum Versicherungsbeitrag angeklagt. Hermann Weber soll nämlich dem Polizeipräsidenten, Abteilung W, eine Bestandaufnahme eingereicht haben, die von Gustav Peter unterzeichnet und der eine gestempelte Bescheinigung durch Kriminalassistent Peters beigefügt war. Die Unterschrift von Peter soll aber Peters selbst gemacht haben. Es heißt, daß letzterer von dem Versicherungsbeitrag, den Hermann Weber bestrittet jede Schuld. Er habe überhaupt keinen Grund gehabt, das Spritlager in Flammen ausgehen zu lassen. Es seien 1 1/2 Millionen Liter gewesen, die mit 6 Millionen Goldmark nicht zu hoch versichert gewesen seien. Der Spirit hätte umgepumpt werden müssen, da sofort nach Pfingsten der ganze Raum unter Zollverschluss kommen sollte. Als dann in der Zeitung eine Störung entfallen sei und er nach der Sicherung gehen wollte, muß Kurzschnitt erfolgt und auf diese Weise der ausgelassene Spirit in Brand geraten sein.

Das beachtliche vorläufige Ergebnis der Volkszählung im Reichsaal Berlin vom 16. Juni 1925 für die Landgemeinden mit 2000 und mehr Einwohnern erzielte in den nächsten Tagen als Sonderdruck und ist vom Verlag des Reichsstatistikamtes, Berlin SW. 68, Lindenstraße 28, gegen Vorkostung von 1.— RM. zu beziehen.

